

Staatsregierung sollte Beispiel Nürnbergs folgen

Weg zu Volksbegehren 100 000 wollen Radentscheid: Bündnis übergibt Unterschriften.



Markus Stipp vom ADFC übergab am Mittwoch Unterschriften für den Radentscheid Nürnberg an Bürgermeister Christian Vogel (r.). (Foto: Stefan Hippel)

Noch ist der Christkindlesmarkt nicht eröffnet, aber am Mittwochmorgen tönen schon adventliche Weisen über den Nürnberger Hauptmarkt: „Lasst uns froh und munter sein, lustig, lustig trallala lala, bald ist der Radentscheid da“, haben die Aktiven der Initiative „Radentscheid Bayern“ das Weihnachtslied umgedichtet.

Vor dem Schönen Brunnen übergaben unter anderem Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC), des Verkehrsclubs für Deutschland (VCD), des Bund Naturschutz sowie Stadträte und Kommunalpolitikerinnen von SPD, Grünen, ÖDP und Die Linke sowie die Landtagsabgeordnete Verena Osgyan (Grüne) einen prall gefüllten Karton mit Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens an Bürgermeister Christian Vogel (SPD).

100 000 Menschen haben bayernweit von Juni bis Oktober für eine bessere Radinfrastruktur unterschrieben, viermal so viele wie nötig, berichtete Markus Stipp vom ADFC Nürnberg. „Wir sind begeistert über die breite Unterstützung für den Radentscheid. Wir wünschen uns, dass die Staatsregierung den Willen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und mit einem bayerischen Radgesetz endlich den notwendigen Rahmen für eine echte Radverkehrsförderung schafft“, sagte Stipp.

Das Bündnis fordert unter anderem, dass sich bis 2030 25 Prozent aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in den Sattel schwingen und dass sie im Straßenverkehr weder getötet noch verletzt werden. Erreicht werden soll das unter anderem durch sichere und komfortable Radwege, auch entlang von Bundes- und Staatsstraßen.

Christian Vogel übernahm das Paket gerne: „Wir ziehen hier in Nürnberg an einem Strang, wir wollen den Ausbau und investieren viel in die Infrastruktur“, sagte er. Vom Land würde er sich mehr Unterstützung, etwa bei Fördermitteln und einer erleichterten Planung, wünschen. Aber auch vor Ort gebe es hin und wieder Probleme, berichtet der Bürgermeister, etwa wenn sich Anwohner gegen die Verbreiterung eines Radwegs in einer Grünanlage wehren. Nasser Ahmed, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rathaus, betonte ebenfalls, dass Nürnberg bei der Radverkehrsförderung auf einem guten Weg sei. „Bayern sollte diesem guten Beispiel folgen“, so Ahmed.

Nun muss geprüft werden, ob die Unterschriften gültig sind. Ist das der Fall, muss Ministerpräsident Markus Söder (CSU) das Volksbegehren im Landtag vorstellen. Wird dann innerhalb von drei Monaten das Volksbegehren vom Landtag angenommen, entfällt ein anschließender Volksentscheid. Lehnt das Parlament den Gesetzentwurf allerdings ab, muss das Volk entscheiden. Zusätzlich kann der Landtag dann auch eine Alternative anbieten.**CLARA GRAU**
